

Öffentliche Daseinsvorsorge ist für alle da!

Kommunale Verantwortung statt Privatisierung um jeden Preis

Von Dr. André Kavai, Kreisbeigeordneter im Main-Kinzig Kreis und Vorsitzender der SPD Main-Kinzig

Öffentliche Daseinsvorsorge, was ist das?

Die Kommunalwirtschaft ist ein Bestandteil der in Deutschland nach Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes geschützten „kommunalen Selbstverwaltung“. Die kommunalen Einrichtungen (Ämter, Betriebe und privatrechtliche Unternehmen) haben die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern ein **kostengünstiges, freizugängliches** und **flächendeckendes Angebot der für das Leben** notwendigen Dienstleistungen und Güter in hoher Qualität zur Verfügung zu stellen. Dazu zählt unter anderem der öffentliche Nahverkehr, die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas, die Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie Bildungseinrichtungen und Gesundheitsdienste. Diese benannten Güter und Dienstleistungen werden unter dem Begriff der „öffentlichen Daseinsvorsorge“ zusammengefasst.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist die Grundlage für ein funktionsfähiges Gemeinwesen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen. Die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge liegt in Deutschland vor allem in der Verantwortung der kommunalen und regionalen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen sowie der kommunalen Unternehmen. Die kommunale Gestaltungsfähigkeit ist für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge somit von zentraler Bedeutung. Eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge wird von den Bürgerinnen und Bürgern daher zu Recht als Bedrohung empfunden. **Die kommunale Daseinsvorsorge darf daher nicht der Spekulation, Planungsunsicherheit oder privatwirtschaftlicher Willkür unterliegen.**

Warum es zum Ausverkauf keinen Grund gibt?

Die Rahmenbedingungen und die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge haben sich in den letzten Jahren stark verändert und stellen die Kommunalpolitik vor neue Herausforderungen. Die Entwicklung der kommunalen Finanzen hat sich im Durchschnitt in den letzten fünfzehn Jahren deutlich verschlechtert, so dass der Konsolidierungsdruck ebenfalls massiv gestiegen ist. In dieser Situation scheint es häufig das einfachste zu sein, kommunale Beteiligungen an Gesellschaften zu veräußern, um sich damit haushaltspolitisch Luft zu verschaffen. So haben sich in der Vergangenheit viele Kommunen dafür entschieden, ihre Wohnungsunternehmen, Krankenhäuser, Beteiligungen zu verkaufen und haben damit zentrale Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen aus der Hand gegeben. Die anhaltende strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen hat dazu geführt, dass allein im Jahr 2005 die Landkreise, (kreisfreien) Städte und Gemeinden in Deutschland ein Vermögen von über 5,7 Milliarden Euro veräußert haben. Dabei ändern die kurzfristigen Finanzspritzen nichts am strukturellen Defizit der Haushalte und haben den Effekt, dass mittelfristig keine

Entlastung der Haushalte eintritt und der Einfluss der Kommunen auf die öffentliche Daseinsvorsorge ebenfalls der Vergangenheit angehört.

Mit dem Verkauf der kommunalen Unternehmen verlieren die Kommunen ein wichtiges Instrument für die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Kommunen verkommen zu bedeutungs- und einflussarmen Reklamationsabteilungen internationaler Konzerngiganten, die fern der Heimat und damit ohne lokalen oder regionalen Bezug ihre Versorgungs- oder Verkehrsunternehmen, ihre Krankenhäuser und Seniorenzentren zentralistisch führen. Dabei werden Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Privatisierung nicht zwangsläufig effektiver. So ist die Privatisierung kommunaler Versorgungseinrichtungen häufig mit einer Verschlechterung der Qualität der Versorgung (insbesondere in ländlichen Gebieten) aber auch mit sinkenden Sozialstandards für die Beschäftigten verbunden. Liberalisierung und Wettbewerb in der kommunalen Daseinsvorsorge dürfen also niemals Selbstzweck sein, sondern müssen allein dem Allgemeinwohl dienen.

Wie es weitergehen soll - Klare Verantwortung und Auftrag für die Kommunen

Der Strukturwandel der Kommunalwirtschaft und der kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der durch die fiskalischen Nöte der Kommunen beschleunigt wurde, stellt die kommunalen Entscheidungsträger somit vor zentrale Fragen. Was dürfen, was können sich die Kommunen noch leisten? Sind Privatisierungen oder die Beteiligung von strategischen Partnern aus der privaten Wirtschaft für Teilbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge sinnvoll? Wie müssen institutionelle oder vertragliche Öffentlich Private Partnerschaften vorbereitet, ausgestaltet und überwacht werden, damit die Versorgungssicherheit und der kommunale Einfluss auch weiterhin erhalten bleiben?

Die Kommunen müssen Antworten darauf finden, wie kommunale Unternehmen angesichts der veränderten wirtschaftlichen Bedingungen effizient geführt werden können, wie sie zu modernisieren sind und welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen der Region notwendig und sinnvoll sind, um kommunale Einrichtungen und Unternehmen leistungsfähig zu halten oder zu machen. Die Orientierung am Gemeinwohl und am sozialen Zusammenhalt muss dabei im Mittelpunkt der kommunalen Daseinsvorsorge stehen und ist Voraussetzung für eine transparente, bürgernahe und effiziente Kommunalpolitik.

Versorgungssicherheit, flächendeckende Erbringung, gleichberechtigter Zugang aller Bürger, hohe Qualität sowie Bezahlbarkeit müssen die Ziele der kommunalen Daseinsvorsorge sein und das unabhängig davon, ob die Leistungen von der öffentlichen Hand oder von privaten Unternehmen angeboten werden. Städte, Gemeinden und Kreise müssen dazu auch künftig eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob und wie sie öffentliche Dienstleistungen entweder selbst durchführen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen, eine institutionelle oder vertragliche Öffentlich Private Partnerschaft eingehen oder an private Unternehmen vergeben möchten.

Es bleibt dabei, ohne wenn und aber:

1. Die kommunale Daseinsvorsorge leistet einen wichtigen Beitrag für die **regionale Konjunktur** und die **Sicherung von Arbeitsplätzen** vor Ort.
2. Die Kommunen müssen die Bürgerinnen und Bürger darüber informieren, was sie im Rahmen der Daseinsvorsorge **alltäglich für jede und jeden einzelnen**, aber auch für die Unternehmen in der Region leisten.
3. Die **Auswirkungen nackter neoliberaler Politik** muss den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht werden, damit sie die Chance haben Partei zu ergreifen und **sich für den Erhalt** der kommunalen Daseinsvorsorge einzusetzen.

Fazit und Ausblick

Die Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge ihnen auf einem qualitativ hohen Niveau und zu erschwinglichen Preisen erhalten bleiben. Dabei geht es zum einen darum, über Modernisierung und Effizienzsteigerungen auch zukünftig die größtmöglichen Vorteile für die Verbraucher zu erreichen. Zum anderen muss verhindert werden, dass eine ungebremste Liberalisierung oder zu starre Wettbewerbsregeln dazu führen, dass bewährte Strukturen der Daseinsvorsorge, wie die kommunale Selbstverwaltung, zerstört werden.